



«Wir könnten beim Kampfjet sparen»

Elisabeth Schneider-Schneiter sagt, woher das Geld für CVP-Familien-Initiativen kommen könnte

Von Thomas Lüthi

Bern/Biel-Benken. Zur Finanzierung der CVP-Familien-Initiativen sollen andere Steuern erhöht werden, sagt die Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Sie könnte sich auch Einsparungen beim Militär vorstellen.

BaZ: Wie viele Unterschriften haben Sie für die beiden Initiativen gesammelt?

Elisabeth Schneider-Schneiter: Es waren sicher 1000.

—

Die Zeit ist knapp geworden, die Initiativen wurden erst in letzter Minute eingereicht.

Ja, in den letzten vier Wochen haben wir für die beiden Initiativen noch

50 000 Unterschriften geholt. Wir mobilisierten auf allen Ebenen.

Dass es so harzte, könnte man auch so verstehen: Die CVP-Begehren interessieren das Volk kaum; sie entsprechen nur einem kleinen Bedürfnis.

Nein, es lag daran, dass wir in einer früheren Sammelphase nicht so stark mobilisieren konnten.

Leiden Sie als verheiratete Familienfrau mit eigenem Einkommen auch unter einer steuerlichen Benachteiligung gegenüber unverheirateten Paaren?

Ja. Wenn ich mich scheiden lassen würde, könnte ich massiv Steuern sparen. Mein Mann auch. Aber das kann es ja nicht sein.

Seit 2008 werden zwei Drittel der Doppelverdiener-Ehepaare steuerlich massiv entlastet. Für weitere Steuererleichterungen läuft eine Gesetzesrevision. Ihre Initiative zur Abschaffung der «Heiratsstrafe» ist doch überflüssig.

Für die steuerliche Entlastung Verheirateter ja, aber nicht für die Gleichstellung bei den AHV-Renten: Ein Ehepaar kriegt weniger Rente als ein Paar im Konkubinats. Das wollen wir beseitigen.

Die beiden Initiativen verursachen rund zwei Milliarden Franken Steuerausfälle. Wie soll das finanziert werden?

Wenn es keine andere Finanzierungsquelle gibt als allgemeine Steuererhöhungen, dann wäre eine höhere Mehrwertsteuer für mich eine Variante. Das wäre gerechter, weil es alle treffen würde. Aber heute werden vor allem die Verheirateten und Familien mit Kindern geschöpft. Sie sind Mitglied einer bürgerlichen Partei. Steuerausfälle finanzieren heisst für Bürgerliche erst mal, bei den Ausgaben zu sparen.

Der Bundesrat wird dem Parlament ein Sparpaket vorlegen. Da werden wir sehen, wo Einsparungen möglich sind. Wir könnten auch beim Kampf-

jet Gripen sparen. Bei der Agrarvorlage stellt man sich die Frage auch nicht, wie die Finanzierung der Landwirtschaft gesichert wird oder wo entsprechende Einsparungen gemacht werden können.

Soll der Ersatz der Kampfjets zugunsten der Verheirateten und Familien gestrichen werden?

Die Gripen-Beschaffung ist sehr undurchsichtig. Ich kann mir vorstellen, den Flieger noch um einige Jahre zurückzustellen, sollte es dem zuständigen Bundesrat nicht gelingen, eine vernünftige Vorlage auszuarbeiten.

Die SP kritisiert, dass die CVP die Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau in der Verfassung verankern will. Dadurch würden andere Lebensformen diskriminiert, etwa die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften.

Zu einer Familie mit Kindern gehört biologisch bedingt immer noch ein Mann und eine Frau. Was ist so schlecht an einer entsprechenden Verankerung der Ehe in der Verfassung? Von einer Diskriminierung anderer Lebensformen kann nicht die Rede sein. Auch ich habe mich in der Vergangenheit für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare eingesetzt, etwa als es um das Baselbieter Partnerschaftsgesetz ging.

CVP will Verheiratete und Familien entlasten

Bern. Die CVP hat ihre beiden Familieninitiativen mit je rund 120 000 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Mit dem ersten Volksbegehren will sie die Ehe als «gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» in der Bundesverfassung verankern. Verheiratete Paare sollen gegenüber unverheirateten steuerlich oder bei den Sozialversicherun-

gen nicht benachteiligt werden. Für die Abschaffung der «Heiratsstrafe» läuft derzeit eine Revision des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer. Mit ihrer zweiten Initiative möchte die CVP Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreien.

Schwulen-Organisationen kritisieren, dass die CVP die Ehe als Lebens-

gemeinschaft von Mann und Frau in der Verfassung verankern will. Das wäre ein diskriminierendes Signal gegenüber homo-, bi- und transsexuellen Menschen. Ähnlich tönt es von der SP. Die CVP stilisiere das traditionelle Einverdiener-Familienmodell hoch, teilt sie mit. Das bringe für die Mehrheit der Familien keine Verbesserung. SDA/tl